



Inhalt

I. Ganz schön schäbig!	1
1. Der Fall	1
2. Die Entscheidung	2
3. Fazit	2
II. Neues auf Rehmnetz	3
Beamtenblog	3

I. Ganz schön schäbig!

*von Christian Horvat, Rechtsanwalt
meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft*

Stellen Sie sich vor, Sie sind in einer Lage, in der Sie nicht mehr Herr Ihrer Sinne sind. Hilfe benötigen Sie dann regelmäßig von Personen, die für entsprechende Einsätze bestens geschult und professionell vorbereitet sind. Man mag meinen, das erfasse auch deren charakterliche Konstitution. Und man möchte kaum glauben, dass es tatsächlich solche Helfer in der Not gibt, die sich schamlos die Hilf-, Schutz- und Wehrlosigkeit der ihnen anvertrauten Personen zu Nutze machen. Unser heutiger Fall zeigt, welche Abgründe sich auch unter den vermeintlichen Helden unserer Gesellschaft auftun.

1. Der Fall

Mit Urteil vom 10.12.2015 (Az. 2 C6.14) hat das Bundesverwaltungsgericht über die Revision eines 1962 geborenen Rettungsassistenten verworfen. Dieser war zugleich Brandmeister im Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen und das Verwaltungsgericht hatte ihn, bestätigt durch das Oberverwaltungsgericht, aus dem Dienst entfernt.

Er hatte sich bereits vor den unmittelbar verfahrensgenständlichen Vorfällen einiges zu Schulden kommen lassen. Deshalb war er bereits 2003 wegen Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug sowie 2005 wegen Entziehung elektrischer Energie zu Geldstrafen verurteilt worden. In dem Disziplinarverfahren ging es um den Vorwurf des Diebstahls eines Fünfzig-Euro-Scheins. Diesen hat er im Jahr 2006 während eines Einsatzes als Rettungsassistent einem stark alkoholisierten und überdies bewusstlosen Patienten gestoh-

len. Strafrechtlich wurde dies mit einer neunmonatigen Freiheitsstrafe, deren Vollstreckung zur Bewährung ausgesetzt ist, geahndet.

Damit nicht genug kam es während der laufenden Bewährungszeit zu einer weiteren Verurteilung wegen Diebstahls einer geringwertigen Sache. Die hier ausgesprochene Freiheitsstrafe hat der Beklagte „abgesessen“. Nachdem das Oberverwaltungsgericht seiner Berufung den Erfolg versagt hatte, musste sich das Bundesverwaltungsgericht im Revisionsverfahren mit der Angelegenheit auseinandersetzen.

2. Die Entscheidung

Mit klarer Linie hat der Senat zum Ausdruck gebracht, dass solches Verhalten eines Beamten unwürdig und er für den Dienstherrn nicht weiter tragbar ist. Entsprechend hat das Gericht die Revision zurückgewiesen. Wesentlich hat es sich bei seiner Entscheidung von dem strafrechtlichen Strafraumen leiten lassen und diese zum Maßstab für die Bemessung der Schwere des Dienstvergehens gemacht. Der vorliegende Diebstahl während des Dienstes war nämlich ein sogenannter besonders schwerer Fall nach § 243 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 StGB. Ein solcher liegt demnach vor,

„wenn der Täter...stiehlt, indem er die Hilflosigkeit einer anderen Person, einen Unglücksfall oder eine gemeine Gefahr ausnutzt...“

Das Gesetz sieht in einem solchen Fall eine Strafdrohung von drei Monaten bis zu zehn Jahren vor (vgl. § 243 Abs. 1 S. 1 StGB). Der Strafgesetzgeber hat also



ein eindeutiges Zeichen dafür Gesetz, wie ein solcher Machtmissbrauch zu bewerten ist. Dies hat der Senat zum abstrakten Ausgangspunkt genommen. Hiervon ausgehend hat das Bundesverwaltungsgericht weiter herausgearbeitet, dass er jegliches Vertrauen – nämlich das des Dienstherrn und das der Allgemeinheit – verspielt hat. Konkret hat es sodann Tat und Täterpersönlichkeit untersucht. Wörtlich hat es ausgeführt:

„Die volle Ausschöpfung des in Anlehnung an die abstrakte Strafandrohung gebildeten Orientierungsrahmens ist hier wegen der konkreten Umstände des Dienstvergehens geboten. Der Beklagte hat die schutzlose Lage des verletzten und bewusstlosen Opfers, das ihm im Inneren des Rettungswagens ausgeliefert und dessen Schutz ihm als dienstliche Verpflichtung auferlegt war, zum Diebstahl ausgenutzt. Da eine vollständige Kontrolle der Bediensteten aufgrund der Einsatzumstände ausgeschlossen ist, verlangt die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung, deren Schutz Aufgabe der Disziplinarbefugnis ist, gerade im Bereich des Feuerwehr- und Rettungsdienstes, dass sich der Dienstherr und die Öffentlichkeit auf die Ehrlichkeit und Gesetzestreue der dort eingesetzten Beamten unbedingt verlassen können. Die Allgemeinheit muss darauf vertrauen können, dass Beamte im Feuerwehr- und Rettungsdienst das Eigentum sowie die sonstigen Rechte der Opfer achten und schützen und nicht deren Hilfslosigkeit und die eigene Zugriffsmöglichkeit zu Eigentumsdelikten ausnutzen.“

Zudem hat das Gericht betont, dass hier eine Milderung nicht in Betracht kommt, da sich der Diebstahl auf eine geringwertige Sache bezogen hat. Hierzu wörtlich:

„Tragend für diesen Milderungsgrund ist die Erwägung, bei einem Zugriff auf geringere Werte bestünden noch Persönlichkeitselemente, die den betroffenen Beamten noch tragbar und die Fortführung des Beamtenverhältnisses noch möglich erscheinen lassen. Dies ist insbesondere die Annahme, beim Beamten bestehe beim Zugriff auf höhere Werte noch eine Hemmschwelle und beim Zugriff auf lediglich geringwertige Sachen sei sein

Unrechtsbewusstsein vermindert (BVerwG, Urteil vom 24. November 1992 – 1 D 66.91 – BVerwGE 93, 314 <318>). Im Streitfall wird das Unrechtsbewusstsein des Beklagten jedoch nicht durch den Wert der entwendeten Sache bestimmt, sondern durch die äußeren Umstände der Tatbegehung. Der Beklagte hat eine Person bestohlen, deren Schutz ihm als dienstliche Verpflichtung auferlegt war. Er hat den Umstand, dass der geschädigte Patient ihm wegen seiner Verletzung und seiner Bewusstlosigkeit ausgeliefert war, zum Diebstahl ausgenutzt.“

3. Fazit

Es ging letztlich um 50 Euro. Das ist nicht viel, wenn man bedenkt, dass Konsequenz quasi die Existenzvernichtung des Beamten ist. Das Urteil dürfte aber verständlich sein, wenn man sieht, welche Situation der



Produkttip

Schütz/Maiwald

Beamtenrecht des Bundes und der Länder

Kommentar



Online-Produkt

€ 144,99

ISBN 978-3-7685-4853-3

[\[Mehr Info\]](#)

Der Online-Kommentar behandelt das gesamte Beamtenrecht anhand des Landesbeamtengesetzes von Nordrhein-Westfalen und des Beamtenstatusgesetzes, ist jedoch auf Grund seines Aufbaus auch für jedes andere Bundesland sehr nützlich.

Der Blog zu Pro & Contra der Reform!



Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)



Beamte hier schamlos ausgenutzt hat. Nimmt man den Anspruch des Berufsbeamtentums auf Vertrauenswürdigkeit ernst führt – insbesondere in Zusammenschau mit den übrigen Verfehlungen – wohl nichts an der Entfernung aus dem Dienst vorbei.

Dr. Christian Horvat
Rechtsanwalt
Fachanwalt für Strafrecht
Fachanwalt für Steuerrecht

II. Neues auf Rehmnetz

Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Probezeitverlängerung](#)

[„Luxuspensionen“: Neid und Wirklichkeit](#)

[Klagebefugnis bei der Konkurrentenklage](#)

Mehr Blogbeiträge von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger finden Sie [hier](#).



Produktipp

Woydera /Summer † / Siegfried Zängl

Beamtenrecht in Sachsen

Praktiker-Kommentar



Loseblattwerk in 5 Ordnern
ISBN 978-3-8073-0945-3
€ 209,99
zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Die unverzichtbare Pflichtlektüre für Ihre tägliche Arbeit in der sächsischen Verwaltung: Der Praktiker-Kommentar erläutert das Sächsische Beamtenrecht und das Beamtenstatusgesetz unter Einbeziehung der aktuellen Rechtsprechung und Literatur. Selbst Nicht-Experten finden bei der Lektüre leicht Zugang zu dem Beamtenrecht. Der Weg durch die Reform wird geebnet, da der Kommentar künftig auch das Beamtenstatusgesetz kommentiert und den Zusammenhang zwischen Beamtenstatusgesetz und dem Sächsischen Beamtenstatusgesetz praxisnah darstellt. Das seit 1.4.2014 neue Sächsische Beamtenstatusgesetz wird umfassend und komplett neu aufgebaut. Eine umfangreiche Sammlung aller für das Beamtenrecht relevanten Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften vervollständigt das Werk.



Produktipp

Lemhöfer/Leppek

Das Laufbahnrecht der Bundesbeamten

Kommentar zur Bundeslaufbahnverordnung (BLV) nebst laufbahnrechtlichen Vorschriften des Bundesbeamtengesetzes und anderer Bundesgesetze, wichtigen Verwaltungsrichtlinien und Beschlüssen des Bundespersonalausschusses



Loseblattwerk im Ordner
ISBN 978-3-8073-0291-1
€ 129,99
zzgl. Aktualisierungslieferungen

Der Überblick auf Bundesebene

In diesem Praxiskommentar wird das allgemeine Laufbahnrecht des Bundes (Bundeslaufbahnverordnung einschließlich der Vorschriften für Beamte und Laufbahnen besonderer Fachrichtungen) unter Berücksichtigung der Rechtsprechung umfassend erläutert.

Allgemeine Beschlüsse des Bundespersonalausschusses sind jeweils bei der betroffenen Vorschrift der Bundeslaufbahnverordnung vermerkt.

Im Anhangteil sind außerdem verstreute und zum Teil schwer zugängliche, laufbahnrechtlich bedeutsame Einzelschriften anderer Gesetze, Verwaltungsregelungen, sowie Geschäfts- und Verfahrensordnungen des Bundespersonalausschusses enthalten.

[\[Mehr Info\]](#)